

**Beiträge ÖkoLinX-ARL**

**Wortprotokoll**

**über die**

**34. Plenarsitzung**

**der Stadtverordnetenversammlung**

**am Donnerstag, dem 27. Juni 2019**

**(16.02 Uhr bis 01.02 Uhr)**

Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1924 .....	27
Stadtverordneter Roger Podstatny, SPD: .....	27
Stadtverordnete Christiane Loizides, CDU: .....	28
Stadtverordneter Reinhard Stammwitz, AfD: .....	29
Stadtverordneter Michael Bross, FDP: .....	29
<b>Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1925</b> ← .....	30
Stadtverordneter Bernhard Maier, GRÜNE: .....	30
Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE: .....	31
Stadtverordneter Martin Daum, CDU: .....	32
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF: .....	33
Stadtrat Klaus Oesterling: .....	33
<b>Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: ...</b> .....	<b>34</b>
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1926 .....	35
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, AfD: .....	35
Stadtverordnete Christiane Schubring, CDU: .....	36
Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP: .....	37
Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE: .....	37
Stadtverordneter Holger Tschierschke, SPD: .....	38
Stadtverordneter Patrick Schenk, BFF: .....	39
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1927 .....	40
Stadtverordnete Merve Ayyildiz, LINKE: .....	40
Stadtverordneter Dr. Christoph Schmitt, CDU: .....	41
Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP: .....	42
Stadtverordneter Horst Reschke, AfD: .....	43
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: .....	43
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1928 .....	44
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP: .....	44
Stadtverordneter Roland Frischkorn, SPD: .....	45
Stadtverordnete Verena David, CDU: .....	46
Stadtverordnete Beatrix Baumann, GRÜNE: .....	47
Stadtrat Stefan Majer: .....	48
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1929 .....	49
Stadtverordnete Ingeborg Leineweber, BFF: .....	49
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1930 .....	50
Stadtverordneter Nico Wehnemann, FRAKTION: .....	50
Stadtverordneter Bernhard E. Ochs, FRANKFURTER: .....	51
4. Verabschiedung der Tagesordnung II .....	51
Stadtverordneter Patrick Schenk, BFF: .....	51

Stadtv. Bernhard Maier, GRÜNE

In Darmstadt wurde seit Juni 2019 probeweise bis Ende des Jahres auf ausgewählten Straßen ein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge verhängt. Ich frage den Magistrat: Mit welchen kurz- und langfristigen verkehrlichen Maßnahmen werden neben der Sperrung des nördlichen Mainufers zwischen der Alten Brücke und der Untermainbrücke sowie den Planungen für den Ausbau des Radverkehrs in Frankfurt die NOx-Werte gesenkt und ein Fahrverbot verhindert?

indem er mir hier untergeschoben hat, ich hätte gesagt, dass es keine Fahrverbote gibt. Ich habe in zahlreichen Interviews dasselbe gesagt - man kann das nachlesen -, was die Hessische Landesregierung auch sagt: Wenn man das genau nachliest, es ist das Ziel der Politik, ein flächenhaftes Dieselfahrverbot zu verhindern. Ich glaube, da sind wir auch auf einem guten Weg. Es ist übrigens nicht so, dass das jetzt ein zufällig herausgegriffenes Messergebnis ist, sondern alle Ergebnisse, alle Schadstoffbelastungen sind am Sinken und diese 3,8 Mikrogramm pro Kubikmeter, die wir in Frankfurt für das letzte Halbjahr erzielt haben, ist eben ein beachtlicher Sprung von den 46 Mikrogramm in Richtung auf 40 Mikrogramm. Übrigens empfehle ich, man kann im Internet tagesaktuell nachlesen, wie hoch die Messwerte sind, man kann einmal nachrechnen, wie denn der Stickoxidwert im ersten Halbjahr in der Modellstadt Wiesbaden gefallen ist. Da stehen die Frankfurter, glaube ich, ganz gut da.

Was den Kollegen Mund angeht, das ist natürlich eine interessante Rechnung, nur die geht halt vorbei. Da muss ich auch anderen Industrie- und Handelskammern ein bisschen Wasser in den Wein gießen. Auch diese Argumentation, man macht den Verkehr flüssiger und dann sinken die Schadstoffe, die werden eben von den Gerichten nicht anerkannt, sondern die Gerichte schreiben in ihren Urteilen - letztes Urteil Reutlingen, Bundesverwaltungsgericht Württemberg -, wenn man den Verkehr flüssiger macht, dann muss man dagegen rechnen, dass durch die Verflüssigung des Verkehrs eben der Verkehr auch zunimmt. Das ist ganz einfach. Wenn zum Beispiel ein Autofahrer heute zehn Minuten im Stau steht und man verflüssigt den Verkehr, dann verkürzt sich seine Reisezeit um zehn Minuten und dann verändert sich das Verhältnis der Reisezeit IV zu ÖV. Nach den allgemeinen Gesetzen führt das dann dazu, dass Verkehr vom öffentlichen Nahverkehr auf den Autoverkehr verlagert wird. Die Gerichte kritisieren fast flächendeckend, dass hier die Zunahme des Autoverkehrs bei einer Verflüssigung des Verkehrs nicht gegengerechnet wird. Das sage ich jetzt auch als Warnung an diejenigen im Bereich IHK oder Handwerkskammer, die meinen, man müsste nur die Ampeln anders schalten und dann hat man weniger Schadstoffbelastung. Das ist ein international bekanntes Phänomen, je

mehr man den Autoverkehr ausbaut, Autoverkehr zieht Autoverkehr an, umso mehr steigt auch der Autoverkehr. Das würde ich dann doch, wenn man sich auf wissenschaftliche Argumentationen beruft, auch zur Versachlichung berücksichtigen.

Schönen Dank!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Siegler:**

Danke! Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Zieran. Bitte!

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:**

Hallo!

Man, ihr seid wach, das ist nicht zu fassen. Die Debatte über das Klima und über die Schadstoffe, um es kurz und knapp zu sagen, wie das meine Art ist, ist zum Kotzen.

(Zurufe)

Hier wird nur geredet in der Hinsicht, wie verschieben wir die ganzen Maßnahmen, wie sind wir möglichst aktiv, ohne den Wähler zu vergraulen. Es geht nicht darum, die Klimakatastrophe zu bekämpfen, es geht nicht darum, die Gesundheit der Bürger hier irgendwie voranzubringen. Wir diskutieren über die Friedberger Landstraße seit 1980.

(Zurufe)

Über die Sachen. Herr Oesterling, ich kann es nicht mehr hören: Wir sind dabei, ein Dieselfahrverbot zu verhindern. Darum geht es nicht. Es geht darum, die Gesundheit der Bürger zu erhalten. Das ist Ihre Aufgabe und nicht ein Dieselfahrverbot zu verhindern. Tun Sie das, was Sie machen müssen und was wir in dieser Stadt brauchen. Das Leben in der City bricht doch immer mehr unter dem Autoverkehr zusammen. Die Autos sollen endlich raus aus der Innenstadt. Wir brauchen eine autofreie Innenstadt.

(Beifall)

Alles andere ist Drumherumgerede, dass Sie nichts tun. Letztendlich sind Ihre Maßnahmen wirkungslos. - Die FDP soll nach Hause gehen. Die haben sowieso nichts zum Autoverkehr, zur Gesundheit und zum Klima zu sagen.

(Zurufe)

Da sind Sie sich in der rechten Ecke einig, dass Sie da nichts tun wollen.

(Zurufe)

Ich kann dieses Weggeschiebe dieser Themen hier nicht mehr hören. Handeln Sie endlich und hören Sie auf, hier zu reden und so fachkundig zu tun über die Wirkstoffe, Milligramm hier und Milligramm dort. Es muss gehandelt werden. Die Autos aus der Innenstadt, mehr Fahrradverkehr, mehr Fahrradwege, sichere Fahrradwege, die wirklich die Breite haben, damit man auch überholen kann, dass man Schnellstraßen für Fahrradwege hat. Begrünung der Plätze, dass wir wieder Leben in die Stadt reinbringen können, ...

(Beifall)

... dass Feiern in der Stadt stattfinden können, dass wir uns treffen können, dass wir arbeiten können auf den Plätzen draußen und nicht alles durch den Gestank und durch den Lärm der Autos zugeschissen wird. Damit muss Schluss sein.

Danke!

(Beifall, Zurufe)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Siegler:**

Danke! Wir haben uns darauf verständigt, hart in der Sache und respektvoll im Umgang. Ich würde darum bitten, die Wortwahl auch bei den Zwischenrufen entsprechend zu gestalten, Herr Kollege.

Ich rufe nun die Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1926 zu den Flüchtlingsunterkünften der Arbeiterwohlfahrt auf, angemeldet von der AfD-Fraktion. Die erste Wortmeldung kommt

von Herrn Dr. Rahn von der AfD-Fraktion. Bitte!

**Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1926**

**Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, AfD:**

Herr Vorsteher,  
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Die Antwort von Ihnen, Frau Dezernentin, war sehr aufschlussreich und bringt uns, glaube ich, weiter. Es geht im Kern um die Frage, ob der Bericht der FNP zum AWO-Komplex zutreffend ist oder nicht. Da geht es im Wesentlichen um zwei Fragen. Erstens, hat die AWO gegenüber der Stadt Leistungen abgerechnet, die sie nicht oder nicht in der Form erbracht hat, wie sie abgerechnet wurden. Zweitens, gab es dieses - ich will es einmal als Luxusangebot bezeichnen - Sportangebot. Diese zweite Frage, Frau Birkenfeld, haben Sie klar beantwortet. Sie haben klar gesagt: Nein, das gibt es nicht. Ich unterstelle Ihnen jetzt einmal, dass Sie das Parlament wahrheitsgemäß informieren. Ich unterstelle aber auch, dass das, was in der Zeitung steht, richtig ist. Dort wurde aus Verträgen zitiert. Ich gehe einmal davon aus, dass diese Verträge der Zeitung vorliegen und dass sie auch korrekt zitiert haben. Wenn das aber so ist, lässt das nur eine Schlussfolgerung zu: Entweder Sie kennen die Verträge nicht, weil Sie Ihnen nicht vorgelegt wurden, oder Sie haben sie nicht. Eines ist so schlimm wie das andere. Das bedeutet nichts anderes, als dass Sie für Leistungen bezahlt haben, ohne überhaupt zu wissen, wofür.

Zweite Frage, da kommen wir auch in diesen Komplex: Was haben Sie überhaupt bezahlt oder wofür haben Sie überhaupt bezahlt? Sie haben hier in Ihrer Antwort gesagt, und das hat mich tatsächlich überrascht, Sie prüfen momentan noch. Jetzt geht es um Vorgänge aus den Jahren 2014 bis 2018, also etwas, was längst abgelaufen ist. Ich hätte jetzt erwartet, dass eine Dezernentin, bevor sie Geld ausgibt, und es geht immerhin um 23 Millionen Euro, die Sie in dieser Zeit nur an die AWO bezahlt haben, dass Sie vorher prüfen, was Sie bezahlen und wofür Sie bezahlen. Offensichtlich wissen Sie das über-

Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1924 .....	27
Stadtverordneter Roger Podstatny, SPD: .....	27
Stadtverordnete Christiane Loizides, CDU: .....	28
Stadtverordneter Reinhard Stammwitz, AfD: .....	29
Stadtverordneter Michael Bross, FDP: .....	29
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1925 .....	30
Stadtverordneter Bernhard Maier, GRÜNE: .....	30
Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE: .....	31
Stadtverordneter Martin Daum, CDU: .....	32
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF: .....	33
Stadtrat Klaus Oesterling: .....	33
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: .....	34
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1926 .....	35
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, AfD: .....	35
Stadtverordnete Christiane Schubring, CDU: .....	36
Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP: .....	37
Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE: .....	37
Stadtverordneter Holger Tschierschke, SPD: .....	38
Stadtverordneter Patrick Schenk, BFF: .....	39
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1927 .....	40
Stadtverordnete Merve Ayyildiz, LINKE: .....	40
Stadtverordneter Dr. Christoph Schmitt, CDU: .....	41
Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP: .....	42
Stadtverordneter Horst Reschke, AfD: .....	43
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: ...	43
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1928 .....	44
Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP: .....	44
Stadtverordneter Roland Frischkorn, SPD: .....	45
Stadtverordnete Verena David, CDU: .....	46
Stadtverordnete Beatrix Baumann, GRÜNE: .....	47
Stadtrat Stefan Majer: .....	48
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1929 .....	49
Stadtverordnete Ingeborg Leineweber, BFF: .....	49
Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1930 .....	50
Stadtverordneter Nico Wehnemann, FRAKTION: .....	50
Stadtverordneter Bernhard E. Ochs, FRANKFURTER: .....	51
4. Verabschiedung der Tagesordnung II .....	51
Stadtverordneter Patrick Schenk, BFF: .....	51

Stadtv. Merve Ayyildiz, LINKE

Die Frankfurter Rundschau berichtete am 7. Mai 2019 über rassistische und entwürdigende Kontrollen der Polizei gegenüber Roma in Frankfurt. Die Pressestelle der Polizei Frankfurt erklärte, dass die Kontrollen „auf langjährigem polizeilichen und kriminalistischen Erfahrungswissen sowie vielfältigen Aufklärungsergebnissen“ basierten. Ich frage den Magistrat: Inwiefern legitimiert das langjährige angeeignete Wissen die Praxis von Racial Profiling?

den nordafrikanischen Ländern sehr stark vertreten sind, dann handelt es sich nicht um Rassismus. Vielmehr ist das eine Tatsache, die durch Statistik belegt ist. Es ist klar, dass Ermittlungen in diesem Bereich vielleicht anders durchgeführt werden, als bei einer anderen sozialen Gruppe. Richtig ist, dass rassistische Vorfälle bei der Polizei thematisiert werden müssen. Aber dann bitte konkrete Tatsachen. Sie bleiben hier nebulös. Das bringt uns nicht weiter. Es handelt sich bei der Anfrage der LINKEN um einen rein politisch motivierten Populismus. Das lehnen wir ab.

Ich danke Ihnen!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Siegler:**

Die nächste und bisher letzte Wortmeldung kommt von Herrn Reschke von der AfD-Fraktion. Bitte schön!

**Stadtverordneter Horst Reschke, AfD:**

Herr Vorsteher,  
meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir haben hier jetzt zum wiederholten Male Vorlesungen aus dem Märchenbuch der amerikanischen Sozialwissenschaften erhalten. Ich habe festgestellt, dass Sie inzwischen auch ein wenig die neuere deutsche Sozialwissenschaft zitieren. Leider verheimlicht man uns die Autoren. Es ist wie immer abgeschrieben und vorgetragen. Ich erlaube mir einen anderen Autor zu zitieren, einen Deutschen, Hans-Georg Gadamer, der in seinem berühmten Werk „Wahrheit und Methode“ ausführt, wie wir überhaupt zu einem Erkenntnisgewinn kommen. Sie werden es kaum glauben, er geht sogar so weit, dass er über Tradition, polizeiliche Tradition zum Beispiel, Vorverständnis und sogar das Vorurteil zitiert. Das heißt runtergebrochen für die Polizei: Wer alles sehen will, sieht nichts, wer alles kontrollieren will, kontrolliert am Ende nichts, genauso wer alles schützen will, schützt am Ende nichts. Sie sind aufgrund begrenzter Ressourcen bei der Polizei gezwungen, immer ihren Blick zu fokussieren

und zu sagen, wo ist es richtig und wo ist es nützlich, dass wir kontrollieren, damit sie überhaupt eine effektive Polizeiarbeit am Ende haben.

Aber es ist gar nicht notwendig, dass wir bei Profiling den Blick nach draußen wenden. Wir können ihn ruhig auch nach innen ins Haus wenden. Da haben wir einen besonderen Fall des politischen Profiling. Denn mit den Stimmen der LINKEN hat man zu Beginn der Wahlperiode beschlossen, den Präsidiumsitz um einen zu verkürzen. Das ist politisches Profiling. Da könnten Sie sich hervortun, wenn Sie sagen, gebt der AfD auch einen Sitz im Präsidium. Das würde Ihnen natürlich im Traum nicht einfallen. Wenn Sie also Profiling suchen, fangen Sie hier im Haus an, aber lassen Sie die Polizei in Ruhe, die wir bitter brauchen und die eine gute Arbeit macht.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Siegler:**

Die nächste Wortmeldung ist von Herrn Zieran von ÖkoLinX-ARL. Bitte schön!

(Zurufe)

Das ist das richtige Ventil, hier vorne am Mikrofon.

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:**

Danke! Zunächst noch einmal: Wenn Redezeit so ungerecht verteilt wird wie in diesem Parlament, dann dürfen Zwischenrufe nicht gerügt werden, sondern sie müssen selbstverständlich sein. Das ist Punkt eins.

Zum Thema selbst: Keiner der Redner ist auf das Beispiel eingegangen, was hier konkret in der Rede der Kollegin gebracht wurde. Es geht nicht um irgendeinen Artikel oder irgendeine Gesetze, sondern es geht darum, die Tatsache der rassistischen Praxis in diesem Staat zu begreifen. Wenn ich Statistiken habe, die auf Vorurteilen beruhen, die

auf Merkmalen von Menschen beruhen und zu entsprechenden Kontrollen kommen, dann werde ich Täterbilder haben, rassistische Täterbilder, die sich wieder selbst bestätigen, weil ich dann etwas finde bei diesen Menschen.

(Beifall)

Was jeder weiß hier in Frankfurt: Eine Menge Banker müssen wirklich viel schaffen, nicht viel Gutes, aber sie müssen schaffen und arbeiten. Dafür brauchen sie Koks. Werden die jemals kontrolliert? Nein. Die laufen im Anzug durch die Stadt.

(Zurufe)

Das glaube ich nicht, habe ich noch nie gesehen.

(Heiterkeit)

Da ich nicht so lange Ausführungen hier machen kann ...

(Zurufe)

Orientieren Sie sich einmal an der Praxis dieses Staates, an der Praxis der Gerichte. Fast alle großen Polizeieinsätze, die in der Vergangenheit im Zusammenhang mit Geflüchteten gelaufen sind, haben hinterher Urteile in Kauf nehmen müssen, dass sie unrechtmäßig waren. Ich nehme nur das Beispiel in Köln, wo es eine Selektion von Menschen gab, wo die einen Menschen mit der Hautfarbe durch die Tür gingen und die anderen Menschen mit der Hautfarbe durch die andere Tür gingen. Das wurde erst in den Medien gehypt, das muss man machen, da sind Vergewaltigungen passiert und so weiter. Egal, was passiert ist, es rechtfertigt kein rassistisches Vorgehen der Polizei. Das hat das Gericht festgestellt, aber weder die CDU noch sonst wer. Diese Beispiele kennen Sie anscheinend nicht. Die Kontrollen in Zügen durch die Bundespolizei, wo ständig Menschen nur aufgrund des Hautmerkmals herausgegriffen werden, da sie eine dunkle Hautfarbe haben. Was ist das? Das ist Rassismus. Natürlich macht das nicht jeder Polizist, aber es ist eine Praxis, die ständig stattfindet und die auf Grundlage solcher Vorurteile, die in der Gesellschaft sind und die in der Polizeipraxis eingewoben werden, dort die

Grundlage für das Handeln sind. Das muss beendet werden.

Danke!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Siegler:**

Vielen Dank, Herr Zieran! Wir kommen jetzt zur sechsten Aktuellen Stunde, angemeldet von der FDP-Fraktion zur Frage Nr. 1928 zum medizinischem Cannabis. Ich unterstelle Herrn Pürsün, dass er die Wortmeldung in eigener Sache in der Hand hat und erteile ihm das Wort. Bitte!

**Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 1928**

**Stadtverordneter Yanki Pürsün, FDP:**

Sehr geehrter Herr Vorsteher,  
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Ausführungen des Stadtrates Majer waren zwar lang, aber nicht substanziell. Sein Verhalten in diesem wichtigen Politikfeld ist intransparent. Er hat den Newsletter angesprochen. Der Newsletter, der eingerichtet wurde als die Kooperation mit dem Institut der Frankfurter Goethe-Universität gestartet wurde, aber der Newsletter ist in der Regel immer leer, da steht so gut wie überhaupt nichts zu dieser Kooperation drin. Das, was heute durch unsere Frage erst zutage getreten ist, findet man da schon gar nicht. Wie auch in anderen Politikfeldern ist es so, dass Stadtrat Majer sich immer nur danach richtet, wann wieder Ausschuss ist, wann wieder die Kritik der FDP kommt.

**Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Siegler:**

Können Sie bitte ein bisschen Ruhe walten lassen, wenn Sie schon herausgehen? Danke!

5. Neuvergabe der strategischen Partnerschaft an der Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH.....	52
Vortrag des Magistrats vom 17.05.2019, M 76	
<u>hierzu:</u> Antrag der LINKE. vom 07.06.2019, NR 884	
Stadträtin Rosemarie Heilig:.....	52
Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE.:.....	53
Bürgermeister und Stadtkämmerer Uwe Becker .....	56
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD: .....	59
Stadtverordneter Robert Lange, CDU: .....	62
Stadtverordnete Angela Hanisch, GRÜNE: .....	63
Stadtverordnete Monika Christann, LINKE.: .....	63
<b>6. Bürgerbegehren Radentscheid Frankfurt am Main.....</b>	<b>64</b>
Vortrag des Magistrats vom 08.04.2019, M 47	
<u>hierzu:</u> Antrag der LINKE. vom 12.04.2019, NR 816	
<u>hierzu:</u> Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜNEN vom 18.06.2019, NR 895	
Stadtrat Klaus Oesterling: .....	64
Stadtverordneter Martin Daum, CDU:.....	68
Stadtverordneter Eugen Emmerling, SPD: .....	70
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:.....	72
Stadtverordneter Reinhard Stammwitz, AfD: .....	74
Stadtverordneter Wolfgang Siefert, GRÜNE:.....	75
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP: .....	77
<b>Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>79</b>
Stadtverordneter Holger Tschierschke, SPD: .....	81
Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE.: .....	82
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:.....	84
Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, CDU: .....	85
Stadtrat Klaus Oesterling: .....	87
7.1 Förderung Fotovoltaik auf Privatgebäuden.....	88
Bericht des Magistrats vom 13.05.2019, B 172	
7.2 Frankfurt ruft den Klimanotstand aus.....	88
Antrag der LINKE. vom 23.05.2019, NR 877	
<u>hierzu:</u> Antrag der FRANKFURTER vom 13.06.2019, NR 890	
Stadtverordnete Ursula auf der Heide, GRÜNE: .....	88
Stadtverordneter Dr. Erhard Römer, FRANKFURTER: .....	90
Stadtverordneter Roger Podstatny, SPD:.....	92
Stadtverordneter Robert Lange, CDU: .....	94
Stadtverordnete Pearl Hahn, LINKE.:.....	97
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: .....	98



Problem. Zwei Drittel der Steuereinnahmen der Stadt Frankfurt sind Gewerbesteuererinnahmen. Wenn der Wirtschaftsverkehr nicht funktioniert, schadet es Unternehmen massiv, das schadet am Ende allen Frankfurtern, und schon deshalb müssen bei solchen massiven Eingriffen in den Straßenverkehr die Belange der Wirtschaft zumindest einmal mitbedacht werden.

(Beifall)

Wir werden den Antrag hier heute tatsächlich nicht beschließen, aber wir werden uns die einzelnen Maßnahmen in Ruhe anschauen. Wir zumindest werden die Vertreter der Wirtschaft fragen, wie sie das jeweils sehen und wir werden natürlich auch die Ortsbeiräte fragen, weil ich glaube, die wissen letztendlich tatsächlich am besten, was vor Ort funktionieren kann und was nicht.

Vielen Dank!

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Danke schön, Frau Rinn! Der nächste Redner ist Herr Zieran von ÖkoLinX-ARL, danach Herr Tschierschke. Bitte schön, Herr Zieran!

**Stadtverordneter Manfred Zieran, Öko-LinX-ARL:**

Der heutige Tag stellt sich für mich so dar, das ist ein Tag der Lobhudeleien und des Wortmülls einer großen Koalition, die das zudeckt, was sie in den letzten Jahren nicht gemacht hat und was sie in den nächsten zwei Jahren auch nicht tun möchte, aber sie macht Absichtserklärungen, ...

(Beifall)

Ich brauche von Ihnen keinen Beifall.

(Zurufe)

... die völlig ins Leere gehen. Ich kann hier nur in Kürze reden, denn wir haben nachher noch wichtige Punkte. SPD, menschengerechte

rechte Stadt, damit hat dieses Ding überhaupt nichts zu tun. Fahrradstadt, wie die GRÜNEN sagen. Wo denn? Die Relativierung der ganzen Punkte ist angesprochen worden, aber gehen wir einmal ein paar wichtige Punkte durch. Ein wichtiger Punkt ist die Breite der Fahrradwege. Da, wo ich früher mit zwei, drei, vier, fünf, sechs Leuten gefahren bin, da wollen inzwischen 50 Leute auf so einem Streifen fahren. Jetzt wird hier gefeiert, dass ein Streifen, der bisher ein Meter fünfzig breit war, jetzt um Zentimeter verbreitert wird, nämlich auf zwei Meter. Wow, Klasse! Mein Lobby-Verband ist der ADFC noch nie gewesen. Warum, werde ich auch sagen, die haben sich hier über den Tisch ziehen lassen, nach meiner Meinung.

(Zurufe)

Wenn man Autofahrstreifen sieht, dann sind die schon in der Regel bis zu vier Meter breit. Ihr traut euch gerade 50 Zentimeter mehr zu machen, vielleicht, in der Regel, vielleicht. Es geht weiter. Eine bauliche Abtrennung wird geprüft. Ich erinnere mich noch an Diskussionen, als Bernhard Meier von den GRÜNEN im Ortsbeirat war. Da habe ich die bauliche Abtrennung gefordert und habe gesagt, dass es unsicher ist. Eure weiße-Strichpolitik bringt keine Sicherheit. Das wurde schärfstens abgelehnt mit der Begründung - und das stimmt wahrscheinlich -, dass der ADFC das fordert, weil es sicherer sei, das mit weißem Streifen zu machen.

Ich nehme zur Kenntnis, dass jetzt der Kenntnisstand ist, dass man bauliche Abtrennung möchte, aber man baut sie nicht. Man möchte sie erst einmal erproben und wissenschaftlich begleiten. Was ist denn das für ein Witz? Wollt ihr noch zehn, 15 Jahre vergehen lassen, bis wirklich die Sicherheit für die Fahrradfahrer hier in der Stadt kommt? Mit Fahrradstadt - schaut euch mal in Holland um, da müsst ihr nicht nach Kopenhagen fahren - hat das überhaupt nichts zu tun.

Dritter Punkt: Wir greifen ein bei den Hauptstraßen, und man sieht schon daran, dass das wirklich ein fahrradfreundlicher Plan ist. Jetzt schaue ich mir eine Straße an, die in meiner Nähe liegt, da ist das am anschaulichsten deutlich zu machen, die Friedberger Landstraße. Eine lange Kritik an dieser

Straße, da, wo sie eng wird, von der Rotlintstraße bis zur Egenolffstraße. Erstens haben wir da mit die höchsten Abgaswerte und zweitens ist es dort am gefährlichsten, weil es ganz eng ist. Früher haben alle Parteien immer gesagt, die Fahrradfahrer müssen da weg, viel zu gefährlich auf der Hauptstraße, fährt auf den Nebenstraßen. Jetzt wird hier gesagt, nein, jetzt setzen wir es durch, auch auf den Hauptstraßen müssen Fahrräder fahren können - das wurde gerade von der SPD gesagt. Wie sieht der Plan denn aus für die Friedberger Landstraße? Genau an diesem engsten Punkt soll eben kein Fahrradstreifen kommen, sondern wir, die Fahrradfahrer, sollen von der Friedberger Landstraße wegorientiert werden, zur Rotlintstraße hochgeführt werden, zur Egenolffstraße wieder rein und dann wieder auf die Friedberger Landstraße. Das nennt ihr jetzt eine Veränderung der Verkehrspolitik? Für mich ist das weiterhin ein Vorrang für die Interessen des Autos und der Autofahrer, aber nicht eine tatsächlich stringente Verkehrswende, die wirklich das Fahrrad in den Mittelpunkt setzt.

(Beifall, Zurufe)

Diesen konkreten Vorschlag, mein lieber Herr Laber-FDPler, den haben wir schon ...

(Zurufe)

... einige Jahre hier vorgetragen, da gab es euch noch gar nicht. Nächster Punkt: Das mit der Farbe haben wir schon gebracht. Reden wir noch einmal über die Eckenheimer Landstraße. Wenn man wirklich darüber reden möchte, sichere Wege für das Fahrrad zu konzipieren, dann muss das Auto aus der unteren Eckenheimer Landstraße raus, weil dort - nicht mit unserer Zustimmung - Hochbahnsteige gebaut worden sind. Dort haben wir ganz enge Verhältnisse, dauernd fahren die Autofahrer auf diesem abgestrichelten Fahrradweg. Das ist eine Straße, die müsste zur Schnellstraße für das Fahrrad umgebaut werden.

(Beifall, Zurufe)

Kein Ton über so etwas. Die Eschersheimer Landstraße, eine der gefährlichsten Straßen, ist hier überhaupt nicht erwähnt. Ich weiß nicht, was ihr mit dem Bertram gemacht

habt, wahrscheinlich habt ihr ihn bekifft bei den Verhandlungen. Keine Ahnung.

(Zurufe)

Ja, ist doch egal jetzt.

(Heiterkeit)

Wisst ihr, es gibt Vertreter vom ADFC, die sich auch in der Presse äußern, aber ihr lest wahrscheinlich die Frankfurter Rundschau nicht, vom 21.06. das Interview dazu.

(Zurufe)

Ist doch egal, ihr informiert euch doch auch, ihr seid doch auch nicht in jedem Ausschuss dabei. Ich habe nicht so viel Zeit, auf solche Plänkelei einzugehen. Wir können das an vielen Straßen fortführen. Was hier angeboten wird, ist ein - wie soll man das sagen? Ihr produziert wohlklingende Worte, denn es kommt eine Kommunalwahl, die ist nicht mehr weit, wir haben noch anderthalb Jahre. Es werden einige Sachen gemacht, die so wieso in der Planung waren, die aber überhaupt nichts bringen. Damit möchte ich schließen. Ich bin Fahrradfahrer und fahre immer diese Straße in der Innenstadt, ...

(Zurufe, Heiterkeit)

da haben wir jetzt einen roten Fahrradweg eingerichtet bekommen, das ist richtig wundervoll. Diese rote Farbe führt dazu, dass jetzt die Autofahrer, die in die Kneipen nebenan gehen, den Fahrradweg völlig zustellen. Das ist der Fortschritt, den ihr für die Fahrradfahrer da gebracht habt. Ich glaube, wenn es wirklich ein Kompromiss werden soll, der die Fahrradfahrer nach vorne bringt, da muss dann noch einiges draufgelegt werden und ihr müsst es wirklich schaffen, dass Hauptstraßen durchgängig für Fahrradfahrer geöffnet werden und dass das Auto zurückgedrängt wird. Das ist kein Kompromiss, den ich als Fortschritt für Fahrradfahrer ansehe, wo wir Sicherheit kombiniert haben mit Komfortabilität und mit Schnelligkeit im Verkehr. Ich weiß nicht, was da geschehen ist in diesen Verhandlungen. Auf dieser Ebene werden wir es ablehnen. Wir werden es noch in den Ausschüssen diskutieren, dann werden wir sehen, ob die GRÜNEN zusammen mit dem ADFC noch eine Konkretion durchset-

zen, denn ihr seid nicht schuld, wie du gesagt hast, die anderen sind auf euer Boot gesprungen, also müssen die GRÜNEN weiter springen, wenn wirklich etwas rauskommen soll.

Danke schön!

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Danke schön, Herr Zieran! Der nächste Redner ist Herr Tschierschke von der SPD und danach Herr Kliehm. Bitte schön!

**Stadtverordneter Holger Tschierschke,  
SPD:**

Liebe Frau Vorsteherin,  
liebe Kolleginnen und Kollegen!

Der Anfang, der jetzt kommt, den habe ich schon lange geplant - nicht, dass irgendjemand glaubt, den hätte ich jetzt eingeführt. Ich wollte mit einem ganz berühmten Zitat beginnen: „Es gibt eine normative Kraft des Faktischen, aber es gibt keine Fakten ersetzende Kraft des Phraseologischen.“

(Beifall, Zurufe)

Das hat einmal Herbert Wehner gesagt in einer Auseinandersetzung mit Jürgen Möllemann - da war die FDP aber auch noch eine andere FDP.

(Zurufe)

Doch, das muss man leider feststellen, ...

(Zurufe)

... und man muss leider auch feststellen, dass von diesem Satz heute fast nichts mehr stimmt. Das ist bedauerlich und man kann das bedauern, aber das Netz ist die neue und vermeintlich normsetzende Kraft und die Frage ist, wie wir damit umgehen. Dürfen wir uns in unseren sachorientierten Entscheidungen von der oftmals hysterisch geführten Diskussion in diesen neuen Leitmedien beeinflussen lassen? Ich hoffe doch nicht. Die Sicherung der Daseinsvorsorge ist ein klassisches Auf-

gabenfeld sozialdemokratischer Politik, weil sie nicht nur die Sicherheit vor Ort, sondern auch die Teilnahme und Teilhabe an der Gesellschaft, also der Freiheit, sichert. Das ist unser Gegenentwurf zu Privat vor Staat. Wir wollen, dass auch auf allen Ebenen des städtischen Zusammenlebens der verfassungsrechtliche Grundsatz, dass das private Eigentum dem Wohle der Allgemeinheit dient, durchgesetzt wird beziehungsweise durchgesetzt bleibt, wenn er es schon ist.

Die SPD-Fraktion wird weiterhin versuchen, in diesen Fragen eine bessere, fortschrittlichere und nachhaltigere Kommunalpolitik durchzusetzen. Die Überwindung der Spaltung unserer Gesellschaft ist eine unserer besonders wichtigen Aufgaben. Kommunen sind systemrelevant. Die Menschen stellen dort die Weichen ihres künftigen Lebens, und die Frage, ob sie dies zum Nutzen unserer Gesellschaft tun oder nicht, wird zuerst in den Kommunen beantwortet. Wenn wir diese Frage nicht beantworten können, wird die Illusion, die Entfremdung von der Politik, die als abgehoben wahrgenommen wird, weitergehen, aber das sollte nicht sein.

Als sozialdemokratische Fraktion werden wir daher nicht nur in der Verkehrspolitik versuchen, eine Wende zu erreichen; eine Wende, die durch den technologischen Fortschritt - altmodische Menschen wie ich, die anders politisch aufgewachsen sind, würden sagen, durch den derzeitigen Stand der gesellschaftlichen Produktivkräfte, der eine oder andere kann damit etwas anfangen - entsteht. Durch diesen technologischen Fortschritt, der längst im alltäglichen Zusammenleben der Menschen angekommen ist, werden wir Veränderungen herbeiführen. Dieser Fortschritt wird sich natürlich positiv auswirken, aber auch negativ, und negativ ist sicherlich die zu beobachtende Tendenz - die gibt es hier übrigens auch im Hause -, überall erst einmal ein großes „ich“ zu setzen. Ich, ich, ich. Positiv sind die vielen Menschen, die sich für die verschiedensten Bereiche engagieren und versuchen, unser Zusammenleben solidarischer, nachhaltiger, kurz menschlicher zu machen. Beispielgebend sind sicher die vielen jungen Menschen, die immer wieder die Gesellschaft auf die Klimaveränderung aufmerksam machen, unter anderem auch bei mir zu Hause.

5. Neuvergabe der strategischen Partnerschaft an der Frankfurter Entsorgungs- und Service GmbH.....	52
Vortrag des Magistrats vom 17.05.2019, M 76	
<u>hierzu:</u> Antrag der LINKE. vom 07.06.2019, NR 884	
Stadträtin Rosemarie Heilig:.....	52
Stadtverordnete Dominike Pauli, LINKE.:.....	53
Bürgermeister und Stadtkämmerer Uwe Becker .....	56
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD: .....	59
Stadtverordneter Robert Lange, CDU: .....	62
Stadtverordnete Angela Hanisch, GRÜNE: .....	63
Stadtverordnete Monika Christann, LINKE.: .....	63
6. Bürgerbegehren Radentscheid Frankfurt am Main .....	64
Vortrag des Magistrats vom 08.04.2019, M 47	
<u>hierzu:</u> Antrag der LINKE. vom 12.04.2019, NR 816	
<u>hierzu:</u> Gemeinsamer Antrag der CDU, der SPD und der GRÜNEN vom 18.06.2019, NR 895	
Stadtrat Klaus Oesterling: .....	64
Stadtverordneter Martin Daum, CDU:.....	68
Stadtverordneter Eugen Emmerling, SPD: .....	70
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:.....	72
Stadtverordneter Reinhard Stammwitz, AfD: .....	74
Stadtverordneter Wolfgang Siefert, GRÜNE:.....	75
Stadtverordnete Annette Rinn, FDP: .....	77
Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: .....	79
Stadtverordneter Holger Tschierschke, SPD: .....	81
Stadtverordneter Martin Kliehm, LINKE.: .....	82
Stadtverordneter Mathias Mund, BFF:.....	84
Stadtverordneter Michael zu Löwenstein, CDU: .....	85
Stadtrat Klaus Oesterling: .....	87
7.1 Förderung Fotovoltaik auf Privatgebäuden.....	88
Bericht des Magistrats vom 13.05.2019, B 172	
<b>7.2 Frankfurt ruft den Klimanotstand aus.....</b>	<b>88</b>
Antrag der LINKE. vom 23.05.2019, NR 877	
<u>hierzu:</u> Antrag der FRANKFURTER vom 13.06.2019, NR 890	
Stadtverordnete Ursula auf der Heide, GRÜNE: .....	88
Stadtverordneter Dr. Erhard Römer, FRANKFURTER: .....	90
Stadtverordneter Roger Podstatny, SPD:.....	92
Stadtverordneter Robert Lange, CDU: .....	94
Stadtverordnete Pearl Hahn, LINKE.:.....	97
<b>Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>98</b>

mich einfach unbegreiflich. Gerade auch in der Frage der Fotovoltaik wird das Versagen der Koalition doch genau deutlich. Das Solarkataster zeigt auf, wo die Sonnenpotenziale in dieser Stadt liegen. Die Realität zeigt auf, dass Sie es nicht schaffen, diese zu nutzen - und definitiv nicht schnell genug, ...

(Beifall)

... weder auf den stadt eigenen Dächern, noch bei Privatdächern, bei Unternehmen oder sonst wo. Aber was Sie schaffen, ist eines, und das nehme ich ziemlich persönlich. Was Sie schaffen, ist durch Polizeipräsenz, Einschüchterungstaktiken und Versuche der Delegitimierung, den Forderungen von Fridays for Future - unter anderem - entgegenzutreten und politische Teilhabe zu erschweren. Ich frage mich, und das ist eine sehr persönliche Sache für mich, was für ein Signal wollen wir rausschicken an unsere Jugend? Was Sie aber zusätzlich versuchen, ist, mich mundtot zu machen, in den letzten Ausschusssitzungen, immer wieder, egal wo, und mich einzuschüchtern. Mir lautstark zu vermitteln, ich sei zu emotional, zu hysterisch. Da kann ich aber nur eines sagen, Herr zu Löwenstein, der leider nicht hier ist, ja, ich habe eine Gebärmutter. Lassen Sie uns etwas für die Bevölkerung machen. Das ist wirklich das, was Fridays for Future sagt, und alle, die in den Ausschuss kommen. Lassen Sie uns gemeinsam etwas für die Bevölkerung machen. Diese Grabenkriege, diese persönlichen Kriege, das brauchen wir doch nicht. Ich muss doch nicht in der Presse lesen, wie hysterisch ich bin. Das ist unsinnig.

Was wir brauchen, sind fraktionsübergreifende Maßnahmen, und non partisan muss Klimaschutz auf jeden Fall sein. Gespräche müssen geführt werden mit Bürgerinnen und Bürgern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern und allen Interessierten, denn der Klimaschutz muss heute geschehen.

Danke!

(Beifall)

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Danke schön, Frau Hahn! Als nächster Redner hat Herr Stadtverordneter Zieran das Wort. Herr Zieran hat auch noch Redezeit übertragen bekommen, und zwar die Restredezeit der FRANKFURTER, das sind 12:30 Minuten. Bitte, Herr Zieran!

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:**

Echt? So viel? Wahnsinn. Dann kann ich euch ja noch ein bisschen quälen.

(Zurufe)

Noch einmal guten Abend!

Erst einmal finde ich es unanständig, die LINKEN. in dieser Art und Weise anzugehen. Sie ergreifen die Initiative in den Ausschüssen, dass ein Anliegen von Jugend- und anderen Bewegungen aufgegriffen wird. Wie aber damit umgegangen und wie es in die Ecke gestellt wird, das verurteilt ÖkoLinX-ARL. Dies als ersten Punkt.

(Beifall)

Ich habe nachher auch noch etwas Kritisches zu dem Antrag zu sagen, aber erst einmal ist es grundsätzlich richtig.

Aber wenn ich dann Herrn Lange von der CDU so höre, dass die Luftverhältnisse sich verbessert haben, dann frage ich, wo leben Sie?

(Zurufe)

1980, das waren alte Zeiten. Jetzt muss ich darauf zu sprechen kommen. Wir GRÜNE sind hier mit Gasmasken eingezogen und haben damals deutlich gemacht, dass die Menschen in dieser Stadt vergiftet werden. Es wurde genauso lächerlich gemacht und in die Länge gezogen, wir wurden als „Kakerlaken“ und sonst was beschimpft. Das Anliegen ist nicht aufgenommen worden. Später hat man dann begriffen, dass bestimmte Giftstoffe der Autos die Menschen kaputt machen,

und man hat sie verboten. Es kamen neue Giftstoffe. Und wieder sind die Giftstoffe vermindert worden, wieder kamen neue, und so ist es auch heute. Sie reden auf einer Ebene und wir sind das eine Übel los. Das andere, die Feinstäube, dass jetzt das Klima kaputtgeht, dass demnächst unsere Küsten untergehen, das alles interessiert Sie gar nicht. Das interessiert Sie nicht. Es hat sich alles verbessert.

(Zurufe)

Seit Jahrzehnten hat sich hier nichts verbessert. Sie reden über die Probleme, Sie zerreden die Probleme, Sie lösen die Probleme aber nicht, und das ist das Grundproblem.

(Beifall)

Das ist in erster Linie das Grundübel von CDU und SPD, wobei die GRÜNEN ja sogar einmal in verschiedenen Epochen versucht haben, Ansätze irgendeiner Lösung hinzukriegen. Es ist völlig verschwendet, Solidarität einzufordern. Pearl hat das gemacht, aber ich glaube, das ist in diesem Haus ein Fremdwort.

Worum es geht in Frankfurt: Ich habe es heute schon mehrfach gesagt, Absichtserklärungen, Wortmüll, aber nicht auf den Kern der Probleme einzugehen und zu handeln, das ist es. Bei diesem Klima ist das besonders schlimm, weil es hier an die Lebensgrundlagen geht. Alle reden darüber, dass sie es begriffen haben, aber niemand will etwas tun. Hier wird sogar noch das Müllheizkraftwerk gutgeredet. Das Müllheizkraftwerk ist eines der besten in der Bundesrepublik, es ist aber nicht durch die CDU verbessert worden, sondern es ist damals durch Tom Koenigs von den GRÜNEN verbessert worden, aber es nützt nichts. Es ist trotzdem Verbrennung fossiler Brennstoffe, und es ist ein Teil dieser Klimakatastrophe, der Verschlimmerung der Situation, genauso wie das Kohlekraftwerk, das wir haben. Wenn Sie den Ernst der Lage wirklich begriffen hätten, dann müsste jetzt gehandelt werden.

(Beifall)

Es müsste unabhängig von den vielen Worten, was wir alles machen können, dort, wo Hauptemittenten sind und die Stadt Einfluss

hat, gehandelt werden. Sie kann sofort das Kohlekraftwerk West schließen. Sie kann zumindest heute oder im Herbst beschließen, dass das Kohlekraftwerk West Ende des Jahres stillgelegt wird. Wir können beschließen, dass wir keinen Müll mehr verbrennen, sondern mit dem Müll anders umgehen. Wir versuchen, noch mehr zu recyceln, wir versuchen, uns noch mehr in einer konstruktiven Art und Weise dieser Sache anzunehmen. Aber das interessiert Sie gar nicht, dass es Karten der Verödung durch Versiegelung gibt.

**Stellvertretende  
Stadtverordnetenvorsteherin  
Dr. Renate Wolter-Brandecker:**

Ich bitte um etwas Ruhe für Herrn Zieran.

**Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-  
ARL:  
(fortfahrend)**

Das ist man ja gewohnt.

Das alles interessiert Sie nicht. Ich möchte das auch gar nicht so vertiefen. Ich möchte nur an einigen Punkten deutlich machen, dass das, was Sie hier sagen, nicht die Wahrheit ist. Sie reden an der Wahrheit vorbei und wollen den Menschen draußen die Wahrheit zudecken.

Sie von der CDU sagen „Kaltluftschneisen erhalten“. Dafür gibt es hier erst einmal eine breite Zustimmung. Und was ist die konkrete Praxis zusammen mit der SPD, mit Mike Josef als Planungsdezernent?

(Beifall)

Die grüne Lunge wird kaputt gemacht. Die Kaltluftschneise für das Nordend und für die Innenstadt wird zugebaut. Anschließend setzen Sie den lapidaren Satz ans Ende, dass wir da irgendwie Maßnahmen ergreifen müssten, um das anders zu regeln. Da kann man keine Maßnahmen ergreifen, um das anders zu regeln. Wenn dieses Gebiet zugebaut ist, dann ist es zugebaut. Man kann die Kleingärten ersetzen. Das mag sein, dass man die Kleingärten woanders wieder errichten kann, aber die Kaltluftschneise des Wetterauwindes können Sie nicht ersetzen, wenn Sie sie dichtmachen.

Und dann kommt die SPD mit dem Top-Punkt an, wir bauen in diese Kaltluftschneise nicht nur ein Hochhaus, wir bauen ein grünes Hochhaus. Mensch, wie ist das geil, wir bauen ein Hochhaus, bei dem wir auf jedem Stockwerk Bäume haben, bei dem wir bestimmte Baumaterialien verwenden. Ach nein, das haben Sie ja noch gar nicht bedacht, dass Beton zur CO<sub>2</sub>-Problematik beiträgt. So weit ist die SPD noch nicht.

Also, wenn ich die Praxis sehe, was in dieser Stadt zerstört wird, was an Stadtzerstörung schon beschlossen ist und was an Fortsetzung der Verschlimmerung der Klimageschichten beschlossen ist, dann ist das alles hier eine Theateraufführung für die Menschen da draußen. Egal, von welcher Seite es kommt: Hier wird nicht gehandelt, hier wird weiter zerstört, hier wird weiter kaputt gemacht.

Es gibt ja auch noch das Bürgerbegehren „Erhaltung der Grünflächen“, ein ganz wichtiger Punkt im Zusammenhang mit der Klimakrise. Dafür gibt es überhaupt keine Unterstützung, denn es interessiert hier niemanden.

Angesichts der fortgeschrittenen Zeit muss man hier gar nicht mehr aufführen. Vielleicht noch eines: Sie wollen ja auch woanders Flächen zubauen. Die Verdichtungen, die Sie machen, sind nicht wohlüberlegt. Das Stadtplanungskonzept wurde uns gerade von Mike Josef vorgestellt. Alle haben dazugelernt. Die GRÜNEN haben eine Sprache, die wunderbar das Ganze darstellt, wie grün das alles daherkommt, wie sehr menschlich es ist, und jetzt schließt sich die SPD an und schafft es genauso. Aber die Realität dahinter ist durch diese falsche Entwicklung grau und kaputtmachend für die Menschen in der Stadt und auch für die Menschen draußen vor der Stadt, die für die nächsten zehn bis 15 Jahre andauern wird. Seien Sie doch mal ehrlich. Für die nächsten zehn bis 15 Jahre haben Sie gerade Maßnahmen im Bausektor durch die SPD vorangetrieben und durch die CDU in anderen Bereichen. Da können Sie gar nicht mehr umsteuern. Sie haben sich festgelegt, dass Sie die Klimakatastrophe weiter befeuern wollen. Das ist die Realität.

Deswegen will ich zum Schluss eine Kritik an diesem Antrag üben, aber angesichts der Realität von SPD, CDU und auch von den GRÜNEN - danke, dass mir das in Erinnerung gerufen wurde, denn die GRÜNEN sind ja seit mindestens 20 Jahre Teil dieser Stadtzerstörungspolitik -, werden wir diesen Antrag in der Tendenz annehmen, aber nicht aus Überzeugung. Denn wenn ich sehe, was hier in der Stadt an Zerstörung läuft, dann weiß ich, dass dieser Antrag leider niemanden festlegen wird. Aber die Bewegung hat diesen Antrag formuliert, also okay, bringen wir ihn ein. Aber wer legt denn hier fest, wenn wir sagen, Frankfurt erklärt den Klimanotstand und erkennt damit die Eindämmung der Klimakrise an? Die im Magistrat bringen es hier fertig, formulieren den Antrag selbst und könnten ihn unterschreiben und machen trotzdem eine Praxis weiter, die alles zerstört und kaputtmacht. Das ist doch Politik à la Frankfurt.

(Beifall)

Andere Städte sind diesbezüglich sehr viel ehrlicher. Selbst München ist da fortschrittlicher als die Stadt Frankfurt.

Insofern nehmen wir den Antrag bis auf einen Punkt an, bei dem wir finden, dass die Bewegung, unter Beratung von ich weiß nicht wem, eine völlig falsche Richtung eingenommen hat, und das ist der Punkt 5. Da geht es um den Satz: „Erst ein vollständiger Abbau weiterhin bestehender Subventionen für fossile Energieträger“, das ist okay und völlig richtig, aber dann kommt „eine sozial gerecht ausgestaltete CO<sub>2</sub>-Bepreisung“. Bepreisung heißt zum Beispiel, dass bei der CO<sub>2</sub>-Besteuerung, wie sie Friday for Future formuliert hat, überhaupt nichts herkommt. Wir haben bereits jetzt eine Bepreisung über die Klimazertifikate. Das ist ein völlig korruptes System, das Großkonzerne aus der Verantwortung herausnimmt und andere werden in die Verantwortung genommen. Sozial gerecht ist da gar nichts. Daran wird sich auch nichts ändern. Selbst wenn ich die Bepreisung in Kraft setze, wenn ich ein Gesetz verabschiede, dauert es Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, bis dieser Markt eine Wirkung zeigt. Das ist Punkt eins. Punkt zwei: Sozial gerecht wird es nicht sein. Es wird genauso sein wie mit der Parkraumbewirtschaftung. Die Leute, die wenig Geld haben, sind die Dum-

men, und die, die viel Geld haben, dürfen dann weiter auf den freien Parkflächen in der



<b>8. Aufruf gegen "Gender-Unfug".....</b>	<b>102</b>
Antrag der AfD vom 13.03.2019, NR 789	
Stadtverordneter Dr. Dr. Rainer Rahn, AfD: .....	102
Stadtverordneter Dimitrios Bakakis, GRÜNE:.....	104
Stadtverordnete Milkica Romic-Stojanovic, SPD: .....	106
Stadtverordneter Nico Wehnmann, FRAKTION:.....	107
Stadtverordneter Patrick Schenk, BFF: .....	108
Stadträtin Sylvia Weber:.....	110
Stadtverordnete Verena David, CDU:.....	112
Stadtverordnete Monika Christann, LINKE.: .....	113
<b>Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL: .....</b>	<b>114</b>
Stadtverordneter Markus Fuchs, AfD: .....	116
Stadtverordneter Nico Wehnmann, FRAKTION:.....	118
9. Business Immigration Service (BIS) bei der Ausländerbehörde einrichten .....	119
Antrag der FDP vom 21.01.2019, NR 742	
Stadtverordneter Dr. Uwe Schulz, FDP: .....	119
Stadtverordnete Ursula Busch, SPD: .....	120
Stadtverordnete Hilime Arslaner-Gölbasi, GRÜNE:.....	121
10. Kinder- und Jugendparlament .....	123
Antrag der FRAKTION vom 13.03.2019, NR 786	
Stadtverordneter Nico Wehnmann, FRAKTION:.....	123
Stadtverordneter Hubert Schmitt, SPD:.....	125
Stadtverordnete Birgit Ross, GRÜNE:.....	127
Stadtverordneter Dr. Thomas Dürbeck, CDU: .....	128
11. Frankfurter Programm "Würde im Alter" hier: Neufassung .....	129
Vortrag des Magistrats vom 27.05.2019, M 77	
<u>hierzu:</u> Antrag der FDP vom 25.06.2019, NR 903	
12. Die Sportanlage Mainwasen vor Bebauung schützen .....	129
Antrag der AfD vom 21.03.2019, NR 797	
<u>hierzu:</u> Antrag der FDP vom 06.05.2019, NR 858	
<u>hierzu:</u> Antrag der BFF vom 09.05.2019, NR 863	
13. Begehung der städtischen Liegenschaft In der Au 14-16 .....	130
Antrag der AfD vom 27.03.2019, NR 798	

nur Frauen und Diversediskriminierend, sie tötet, sie ist enthemmt und verroht, kennt keine Menschlichkeit, verführt schwache Menschen ganz im Sinne eines nationalsozialistischen Führers und bereitet den Nährboden für Gewalt und das Töten Andersdenkender.

(Zurufe, Beifall)

Sie und die rechten Parteien beziehungsweise die rechten Typen sind mit ihrer Sprache dafür verantwortlich, dass immer mehr Menschen sich aufgefordert fühlen, ihnen missliebige Menschen einfach zu töten, siehe die Ermordung Walter Lübckes. Sie erfreuen sich in den sozialen Medien an feigen Tötungen. Beim Auftakt des Landtagswahlkampfes in Hanau am 20. Juli 2018, ja, ausgerechnet und sicher ganz bewusst am 20. Juli, haben sie mit einem Plakat geworben mit dem Titel: „Widerstand heute - von Graf Stauffenberg bis zum Artikel 20 Absatz 4 Grundgesetz“. An diesem Tag wurde übrigens von zwei Männern - und soviel ich weiß, sind das Mitglieder oder zumindest Sympathisanten der AfD - ein Ordner der Gewerkschaft bei der Gegendemonstration am helllichten Tag hinterrücks angegriffen und bis zur Bewusstlosigkeit gewürgt, um ihn umzubringen.

(Zurufe)

Nur weil andere Gegendemonstranten dazwischengingen, gelang dies nicht. Die Reaktion ist sehr bezeichnend. Zurück zum Artikel 20 Absatz vier Grundgesetz. Ein gutes Beispiel für eine Umdeutung durch die AfD, die damit wirbt. Spätestens hier wird klar, dass die Partei indirekt zu einem Umsturz auffordert. Und natürlich fühlen sich viele Idioten damit aufgefordert und legitimiert, genau das zu tun. Wenn man die Zeitung aufmerksam liest, gibt es viele Hinweise, dass zurzeit genau das vorbereitet wird. Man muss wissen, dass der vierte Absatz des Artikels 20 Grundgesetz, bei dem es um Widerstand geht, nicht 1949 geschrieben, sondern erst 1968 im Zuge der umstrittenen und umkämpften Notstandsgesetzgebung eingefügt wurde. Etliche Staatsrechtler diskutieren, dass der Absatz 4 geeignet ist, einen Tyrannenmord zu legitimieren. Wann aber ist Widerstand gegen den Staat überhaupt legitim? Doch höchstens dann, und nur dann, wenn keine demokratischen Möglichkeiten mehr

vorhanden sind. Die AfD zitiert in der Begründung des Antrags NR 789 Menschen, die meinen, es sei Widerstand gegen die geschlechtergerechte Sprache nötig. Andererseits zitiert sie das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, das die Existenz diverser Geschlechter festgestellt hat und gefordert hat, dass sich dies auch in der Sprache widerspiegeln müsse. Aber sie fordert dazu auf, das Urteil eines unserer höchsten demokratischen Organe zu missachten und eben Widerstand zu leisten. Dies ist für mich ein erneuter Beweis, dass die AfD und die AfD-Abgeordneten nicht demokratiefähig sind.

(Beifall, Zurufe)

Nein, das sage ich.

Mit der Sprache fängt es an, und wir werden nicht zulassen, dass eine weltoffene, demokratische und geschlechtergerechte Welt von Nazis verhindert werden soll.

(Beifall)

Unsere Botschaft lautet: Wir verteidigen eine demokratische, soziale und freiheitliche Gesellschaft, in der verschiedenste Menschen einen gleichwertigen Platz finden.

(Beifall)

#### **Stadtverordnetenvorsteher Stephan Siegler:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Zieran von ÖkoLinX-ARL. Ihre Restredezeit beträgt neun Minuten. Bitte!

#### **Stadtverordneter Manfred Zieran, ÖkoLinX-ARL:**

Einige grundlegende Sachen sind besonders von dir gesagt worden, ich bedanke mich für deine Rede. Ich fand sie fantastisch. Das vorweg.

(Beifall)

Worum es geht, wenn wir über Sprache reden, und da scheint es hier kein Bewusstsein bei der Rechten in der Gesellschaft zu ge-

ben, Sprache ist Ausdruck gesellschaftlicher Gewaltverhältnisse. Insofern kann Sprache verstärkend wirken, sie kann auch vermin-dernd wirken, sie kann bewirken, bestehende Gewaltverhältnisse abzubauen. Es ist unbe-stritten in der Wissenschaft, dass es diesen Zusammenhang gibt. Wenn ich mir die Realit-ät angucke, wie Hass in den sozialen Medi-en, wie Sprache gegen Menschen eingesetzt wird, gegen Menschen, die menschenfreund-lich sein wollen, die Menschen, denen es dreckig geht, in diesem Land aufnehmen wollen - es geht um Geflüchtete. Es gibt ein rechtes Verständnis, solche Menschen zu verfolgen, solche Menschen anzugreifen, solche Menschen zu stigmatisieren, dass andere dann zur Waffe greifen und Men-schen umbringen, wie das jetzt gerade in Kassel geschehen ist. Es wird auch breit dis-kutiert. Vielleicht ist noch ein Hauch von menschlicher Regung bei Ihnen da, dass Sie begreifen, was Ihre Politik, was Ihre Sprache damit zu tun hat, dass ein Mensch, egal aus welcher Partei, in dem Fall aus der CDU, der sich für andere Menschen eingesetzt hat, erst in einer Kampagne seit 2015 fertiggemacht und dann eben ermordet wird.

Natürlich soll man hier respektvoll miteinan-der umgehen. Insofern stimme ich mit Ihnen überein, aber es gibt keinen Respekt gegen-über Naziideologie und keinen Respekt ge-genüber Handlungsweisen, Sprachen und sonstigen Tätigkeiten, die andere Menschen verletzen und die andere Menschen töten. Das darf es niemals geben. Insofern ist Spra-che ein ganz entscheidender Faktor. Deswe-gen halten wir gegen das, was Sie vertreten. Sprache muss entmüllt werden. Soweit sie Ausdruck vergangener gesellschaftlicher Gewaltverhältnisse ist, muss das aus zukünf-tiger Sprache herausgehalten werden.

Dass Frauen in patriarchalen Gesellschaften, schon in der feudalistischen, unterdrückt worden sind, dass wir heute patriarchal-kapitalistische Gewaltverhältnisse haben, ist eigentlich allgemein bekannt. Dass jeden Tag in dieser Republik Frauen vergewaltigt wer-den von Männern, dass die Gewaltverhältnis-se ganz real sind, müsste auch bekannt sein. Insofern ist jede Maßnahme, auch die rassis-tische Entmüllung von Sprache, Teil einer Praxis, diese Inhumanität zurückzudrängen.

(Beifall)

Insofern seid Ihr für mich nicht Teil der De-mokratie. Ihr seid Leute, die man ausgrenzen muss, mit denen man nicht über Menschlich-keit diskutieren kann, wenn Ihr das nicht be-griffen habt. Die ganze Debatte hier und das Lächerlichmachen ist doch nur ein Ausdruck, Ihr wollt die - jetzt hätte ich fast Altmänner gesagt, es geht aber nicht um Altmänner, es geht um Männerherrschaft gegenüber ande-ren, gegenüber Minderheiten, gegenüber Frauen, die wollt Ihr aufrecht erhalten und die wollt Ihr am besten auch noch mit einer Pro-fitwirtschaft koppeln, die ihr ja auch ganz fan-tastisch findet. Spätestens nach diesem Mord müsste doch klar sein, dass man irgendwie einmal zurückstecken muss in seinem Hass und versuchen muss, eine andere Sprache einzunehmen. Das Gegenteil findet statt.

(Zurufe)

Sie lachen darüber. Im bayerischen Parla-ment wird diesem ermordeten CDU-Menschen Lübcke gedacht, und wer bleibt sitzen? Ein Mitglied der AfD-Fraktion im bayerischen Landtag. Kein Respekt für die-sen Menschen, der ermordet wurde, das zeigt Ihre Gesinnung, Ihre unmenschliche, Ihre inhumane Gesinnung, die Ausdruck die-ser Debatte ist. Insofern fand ich den Ver-such der Dezernentin gut, das einerseits zu versachlichen, aber andererseits muss man auch klarmachen, dass von dieser Seite die Versachlichung nicht gewünscht wird. Wenn nicht einmal der Respekt im Parlament da ist, dass man für einen ermordeten Menschen aufsteht - man kann noch so viele Differen-zen haben -, zeigt das, dass man im Kopf, nicht in der Praxis, hinter so einer menschen-verachtenden Praxis steht. Das dürfen wir hier nicht zulassen. Das muss abgelehnt werden. Da müssen wir, egal wo wir sonst stehen, gemeinsam gegen diesen rechten Block da außen stehen.

Danke!

(Beifall)

**Stadtverordnetenvorsteher  
Stephan Siegler:**

Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Fuchs von der AfD-Fraktion. Bitte!